



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
Conseil suisse de la science et de la technologie
Consiglio svizzero della scienza e della tecnologia
Swiss Science and Technology Council

Die Notwendigkeit eines eigenständigen BFI-Departements

Empfehlungen des SWTR
an den Bundesrat zur
geplanten Regierungsreform

SWTR Schrift 1/2010

Impressum

Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat SWTR

Schwanengasse 2, CH-3003 Bern
Tel. 031 323 00 48, Fax 031 323 95 47
www.swtr.ch

August 2010

Eine wiederkehrende Frage...
und eine wiederkehrende Antwort / 5

Warum die Schweiz ein eigenständiges
BFI-Departement braucht / 7

1. Funktionalität: Ausrichtung der politischen Strukturen
auf die Funktionen des BFI-Bereichs / 7

2. Visibilität: Mehr Sichtbarkeit und Durchsetzungskraft
des BFI-Bereichs / 8

3. Kohärenz: Ausarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen
und einer umfassenden Leitlinie / 9

Empfehlungen des SWTR an den Bundesrat / 11



Eine wiederkehrende Frage... und eine wiederkehrende Antwort

In der Vergangenheit hat sich der SWTR wiederholt mit der Frage eines einzigen Departements für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) auseinandergesetzt. Bereits 2002 und 2003 sprach er sich für die Schaffung einer einheitlichen Struktur aus:

Wissenschaft, Bildung, Kultur und Technologie sollen einem Departement anvertraut werden, um diese wesensverwandten und für die Schweiz so wichtigen Aktivitäten koordiniert lenken zu können und ihnen den Stellenwert zu geben, den sie für die Zukunft der Schweiz haben.¹

/5

2006 wies der Rat erneut auf die Notwendigkeit hin, alle Bundeskompetenzen für Bildung, Forschung und Innovation in einem Departement zusammenzuführen, um den Wissenschaftsplatz Schweiz nachhaltig zu stärken.² Kurz darauf äusserte er sich auf Anregung von alt Bundesrat J. Deiss dazu, wie die angestrebte Zusammenlegung erfolgen sollte. Er schätzte dabei die Vor- und Nachteile von vier Optionen ein: die Schaffung eines neuen Departements, die Eingliederung in das EDI bzw. das EVD und die Beibehaltung der aktuellen Aufteilung in zwei Departemente.³ Als Ergebnis seiner Arbeiten schickte er am 21. Mai 2007 dem Bundesrat ein Schreiben, in dem er klar für die Schaffung eines neuen Departements plädierte:

Die Schweiz braucht ein neues BFI-Departement, in welchem ein Bundesrat oder eine Bundesrätin die anspruchsvolle Aufgabe übernehmen kann, eine effiziente Steuerung des gesamten Bereiches zu gewährleisten, die neue Zusammenarbeit mit den Kantonen zu leiten und die Schweiz im Ausland adäquat zu vertreten.

In Zusammenhang mit der geplanten Regierungsreform ist es dem SWTR ein Anliegen, die Gründe dieser Schlussfolgerung dem Bundesrat genauer zu erläutern.

¹ Vgl. „Ein Neun-Punkte-Programm zur Förderung von Wissenschaft und Technologie in der Schweiz“, SWTR Schrift 2/2002, sowie „Bildung und Forschung in der Schweiz: Prioritäten des SWTR“, Oktober 2003.

² Vgl. „Empfehlungen für die schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik 2008-2011“, SWTR 2006.

³ Zur Klärung dieser Frage gab der SWTR 2006 eine Studie an das Observatoire Science, Politique et Société der Universität Lausanne in Auftrag. Vgl. Braun et al. (2007): „Zusammenlegung aller Bundeskompetenzen für Bildung, Forschung und Innovation in einem Departement“.



Warum die Schweiz ein eigenständiges BFI-Departement braucht

Drei Argumentationslinien sprechen für die Schaffung eines neuen Departements für Bildung, Forschung und Innovation:

- Erstens müssen die politischen Strukturen besser auf die neuen Ziele von Bund und Kantonen im BFI-Bereich ausgerichtet werden (Funktionalität). Diese Ziele sind im Hochschulgesetzes HFKG sowie im Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIG festgehalten.
- Zweitens ist der BFI-Bereich aufgrund seiner strategischen Bedeutung verstärkt in den politischen Vordergrund zu stellen (Visibilität).
- Drittens sind die bestehenden, teilweise gegensätzlichen Leitlinien der staatlichen Förderpolitik in eine neue, umfassende Strategie zusammenzuführen (Kohärenz).

17

1. Funktionalität: Ausrichtung der politischen Strukturen auf die Funktionen des BFI-Bereichs

Die Anforderungen an das Wissenschaftssystem nehmen auf nationaler und internationaler Ebene zu, und der globale Wettbewerb um die besten Köpfe und innovativsten Unternehmen verschärft sich. Vor diesem Hintergrund muss die Schweiz ihre politischen Strukturen den aktuellen Herausforderungen anpassen, will sie ihre führende Stellung in Bildung, Forschung und Innovation beibehalten.

Im Verlauf ihres Lebens absolvieren Individuen verstärkt Aus- und Weiterbildungen sowohl akademischer als auch anwendungsorientierter Ausrichtung. Die Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft verlangt deshalb eine hohe Durchlässigkeit zwischen Universitären Hochschulen und Fachhochschulen. Darüber hinaus entspricht die Trennung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung und Entwicklung nicht mehr der Realität des Innovationsprozesses. Die Förderung von technologischen sowie sozialen Innovationen setzt einerseits eine starke Grundlagenforschung, andererseits ein durchlässiges Hochschul- und Forschungssystem voraus.⁴

⁴ In seiner Publikation „Grundsätze für die Gesamtrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIG)“, SWTR Schrift 1/2009, setzt sich der Rat mit den neuen Anforderungen an die Forschungs- und Innovationsförderung auseinander.

Die Funktionen und Ziele im BFI-Bereich können am besten durch ein einheitliches Departement realisiert werden, das über Verwaltungsstrukturen verfügt, die den neuen Anforderungen angepasst sind. Die politische Regulierung über zwei Departemente mit der Trennung der Leitideen „wissenschaftsorientiert“ und „wirtschaftsorientiert“ ist vor diesem Hintergrund schädlich und nicht mehr zeitgemäss. Schliesslich können die Koordination und Qualitätssicherung des Hochschul- und Forschungssystems nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit von Bund und Kantonen gesichert werden. Dies entspricht nicht zuletzt dem Geist des neuen Bildungsartikels der Bundesverfassung sowie des Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG).

2. Visibilität: Mehr Sichtbarkeit und Durchsetzungskraft des BFI-Bereichs

Bildung, Forschung und Innovation stellen die zentrale Ressource der kleinen und rohstoffarmen Schweiz dar. Der Bund ist deshalb bemüht, den BFI-Bereich prioritär zu fördern. Dies bedingt, dass sich ein Regierungsmitglied diesem Politikfeld vollumfänglich widmet und sich innerhalb des Bundesrates dafür einsetzt. Gleichzeitig ist in Hinblick auf das HFKG wichtig, dass sich die Kantone auf Bundesebene mit einer einzigen, für alle wesentlichen Aspekte zuständigen Ansprechperson austauschen können.

In den meisten europäischen Ländern sind eigenständige Ministerien für den BFI-Bereich bereits die Norm. In Deutschland ist der/die Bundesminister/in für Bildung und Forschung sowohl für die Berufliche Bildung als auch die Wissenschaft zuständig. In Österreich sind Fachhochschulen und Universitäten im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vereint. In Frankreich gibt es neben dem Bildungsministerium ein eigenes Ministerium für Hochschulwesen und Forschung. Italien legte 2008 die Ministerposten für Bildung, Hochschule und Forschung erneut zusammen.

Die Schweiz braucht ebenfalls einen Vertreter für Bildung, Forschung und Innovation, der die Interessen des Wissenschaftsstandortes gesamthaft vertritt. Auf internationaler Ebene muss sie mit einer Stimme sprechen können. Insbesondere im Bereich von Grossprojekten und orientierter Forschung werden grenzüberschreitende Programme und Kooperationen immer wichtiger. Ein BFI-Departement mit einheitlichen Verwaltungsstrukturen würde die internationale Zusammenarbeit vereinfachen.

3. Kohärenz: Ausarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen und einer umfassenden Leitlinie

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist ein Erfolgsmodell, das in seiner Bedeutung nicht beeinträchtigt werden soll. Durch die Trennung von höherer Berufsbildung und universitärer Bildung haben sich aber zwei unterschiedliche Leitlinien und Verwaltungskulturen entwickelt, die zusammenzuführen sind. Um das Hochschul-, Forschungs- und Innovationssystem nachhaltig zu fördern, muss die Schweiz Kohärenz schaffen und eine umfassende Strategie ausarbeiten. Es darf dabei nicht zur Dominanz einer spezifischen Leitlinie kommen. Die beste Ausgangslage für die Ausarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen und Strategien ist die Schaffung eines neuen BFI-Departements.

/9

Bildung, Forschung und Innovation können nur in einem ihren Funktionsweisen angemessenen Kontext langfristig gefördert werden. Der Bund muss ein Umfeld bereitstellen, das die Bedürfnisse des Wissenschaftssystems versteht und sachgerecht, flexibel und schnell zu handeln vermag. Die staatliche Förderkultur soll der Autonomie der Hochschulen, der Freiheit von Lehre und Forschung und der hohen Dynamik von Wissenschaft Rechnung tragen. Auch hier zeigt sich, dass die Schaffung eines eigenständigen Departements der Integration des BFI-Bereichs in eine bestehende Struktur vorzuziehen ist.

Schliesslich ist im Zuge der Regierungsreform auch auf Verwaltungsebene Kohärenz zu schaffen. Die Strukturen der Bundesverwaltung sollen sich auf die zukünftige Hochschul- und Forschungslandschaft und ihre Funktionen ausrichten. Die neuen Anforderungen an die Bildung, die zunehmende Internationalisierung von Forschungsprojekten und die Natur von Innovationsprozessen verlangen nach einer Anpassung bestehender Organisationsformen. In einem eigenständigen Departement kann die notwendige Umstrukturierung von Verwaltungseinheiten und Ämtern effizienter umgesetzt werden.



Empfehlungen des SWTR an den Bundesrat

Der SWTR empfiehlt dem Bundesrat, die geplante Regierungsreform zu nutzen, um den wiederkehrenden und dringlichen Forderungen verschiedener politischer und wissenschaftlicher Kreise nachzukommen und ein eigenständiges Departement für Bildung, Forschung und Innovation zu schaffen. Es ist an der Zeit, die vorhandenen politischen Strukturen den Funktionen und Dynamiken von Hochschulen und Forschungseinrichtungen anzupassen, und dem BFI-Bereich die Bedeutung zu verschaffen, die ihm zusteht.

/11

Der SWTR ist sich dabei bewusst, dass ein Departement für Bildung, Forschung und Innovation möglicherweise die gewünschte Grösse nicht erreichen wird. Er ist deshalb der Ansicht, dass andere Bereiche mit adäquaten Schnittstellen zu Bildung und Forschung ebenfalls integriert werden könnten. In erster Linie handelt es sich dabei um die Bereiche Kultur, Sport und Gesundheit. Was die Gesundheit betrifft, würde die vom Bundesrat 2003 verordnete Reform des gesamten Gesundheitssystems durch eine damit koordinierte Reform der ärztlichen Berufsbildung und anderer Gesundheitsberufe an Kohärenz gewinnen. Angesichts der drohenden Defizite in der medizinischen Grundversorgung sind Reformen des Bildungssystems im medizinischen Bereich dringend notwendig.

Die Schaffung eines neuen Departements ist gewiss mit einem hohen Aufwand verbunden. Der Bundesrat muss aber die sich bietende Chance ergreifen und ein starkes Zeichen für den Wissenschaftsstandort Schweiz setzen. Er darf die Entwicklungen auf internationaler Ebene nicht ignorieren und muss in Anlehnung an die Reformen in anderen Ländern seine politischen Strukturen im BFI-Bereich reorganisieren. Bildung, Forschung und Innovation können dadurch als zentrale Ressourcen der Schweiz effizient und nachhaltig gefördert und entwickelt werden.



Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat SWTR

Mitglieder 2010

Präsidentin

Prof. Dr. Susanne Suter

Ratsmitglieder

Prof. Dr. Karl Aberer

Prof. Dr. Heike Behrens

Prof. Dr. Willy Benz

Prof. Dr. Fritz Fahrni

Prof. Dr. Peter Fröhlicher

Prof. Dr. h.c. Daniel Fueter

Prof. Dr. Ellen Hertz

Prof. Dr. Alex Mauron

Prof. Dr. Matthias Peter

Prof. Dr. Franz Schultheis

Prof. Dr. Walter A. Stoffel

Prof. Dr. Tiziano Teruzzi

Prof. Dr. Walter Wahli

/13

Präsidialstab

Stabschef

Lic. iur. Cornel Hirsig

Wissenschaftliche Berater

Dr. phil. nat. Marianne Bonvin Cuddapah

Dr. phil. des. Elisabeth Hasse (Wissenschaftliche Praktikantin)

Dr. phil. I Frédéric Joye-Cagnard

Lic. phil. Stefano Nigsch

Prof. Dr. phil. Christian Simon

Dr. phil. Marco Vencato

Administration, Finanzen und Dokumentation

Elfi Kislovski

Joël Eichelberger

Lic. phil. nat. Hans-Peter Jaun

Redaktion der vorliegenden Schrift

Lic. phil. Stefano Nigsch